

VON DER TRANSFORMATIONS- REZESSION ZUM AUFSCHWUNG

WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IN DEN BENACHBARTEN MOEL AUS EU-PERSPEKTIVE

Nach dem politischen und wirtschaftlichen Umbruch gerieten alle Oststaaten in eine tiefe „Transformationsrezession“: Ihre reale Wirtschaftsleistung schrumpfte in den Jahren 1990 bis 1992 um etwa ein Fünftel. Die Gründe dieser Entwicklung waren die Umstellung des Wirtschaftssystems, die Folgen der wirtschaftlichen Desintegration nach der Auflösung des RGW sowie die notwendige Anpassung der Produktionsstruktur. Dazu kamen länderspezifische Probleme, die zum Teil politische Ursachen hatten. Die 5 MOEL Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien und Polen haben große Teile des institutionellen und organisatorischen Wandels, zum Teil auch des Strukturwandels im Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft relativ rasch bewältigt.

Nach dem politischen Umbruch im Jahr 1989 waren alle Länder Osteuropas um eine Neuorientierung ihres Außenhandels von Ost nach West bemüht. Die Öffnung des Marktes gegenüber dem Westen und die damit verbundene Verschärfung des Wettbewerbs sind wichtige Elemente der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft. Die Länder Osteuropas waren zu einer schnellen wirtschaftlichen Zuwendung zum Westen auch durch die Auflösung der osteuropäischen Integrationsgemeinschaft, des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), sowie durch den Zerfall der für sie wichtigsten Absatzmärkte in der Sowjetunion und in Ostdeutschland gezwungen.

Die EU war sich von Anfang an ihrer Verpflichtungen gegenüber Osteuropa bewusst und leistete beachtliche wirtschaftliche und technische Hilfe. Von größter Bedeutung war die Öffnung ihrer Märkte für Produkte aus Osteuropa. Bereits im März 1992 traten die wichtigsten Teile der Europaverträge der EU mit Ungarn, Polen und der damaligen ČSFR in Kraft und sorgten für raschen Abbau der EU-Zölle auf Industriewaren aus den osteuropäischen Ländern; für die Oststaaten ist eine Abbaufrist bis 2001 vorgesehen. In den Folgejahren wurden Europaverträge mit weiteren Oststaaten – insgesamt 10 Ländern – abgeschlossen. Auch die EFTA-Staaten haben Freihandelsverträge mit den meisten Oststaaten vereinbart, die sich im Bereich der Zölle an die Europaverträge anlehnen.

Aufbereitung und Analyse der Daten erfolgten mit Unterstützung von Sonja Wirgler. • Dieser Beitrag basiert auf einer Studie von WIFO und ÖIR im Auftrag der ÖROK: Gerhard Palme, Christof Schremmer (Koordination), Regionale Auswirkungen der EU-Integration der MOEL, Wien, 1998.

DER WEG OSTEUPOPAS IN DIE EU

Den Bemühungen der Oststaaten um eine Aufnahme in die Union stand die EU anfangs zurückhaltend gegenüber. Erst der Europäische Rat in Kopenhagen öffnete im Jahr 1993 den Weg Osteuropas in die EU. Der Beitritt wurde an die Erfüllung bestimmter politischer und wirtschaftlicher Bedingungen geknüpft. Die von insgesamt 10 osteuropäischen Ländern eingereichten Beitrittsanträge wurden von der Europäischen Kommission geprüft. Sie hat in ihrer Stellungnahme (Avis) die Aufnahme von Verhandlungen mit fünf Ländern (Ungarn, Polen, Tschechien, Slowenien, Estland) empfohlen. Die anderen fünf Beitrittswerber (Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Lettland, Litauen) sollen auf den Beitritt intensiv vorbereitet werden. Diese Vorschläge wurden vom Europäischen Rat in Luxemburg 1997 angenommen.

Den Bemühungen der Oststaaten um eine Aufnahme in die Union stand die EU anfangs zurückhaltend gegenüber. Erst der Europäische Rat in Kopenhagen öffnete im Jahr 1993 den Weg Osteuropas in die EU.

In einem im Juni 1997 vorgelegten Dokument (Agenda 2000) präsentierte die Europäische Kommission auch Vorschläge für die Reformen der Union (insbesondere im Bereich der Agrar- und Strukturpolitik) sowie für die Finanzierung der Osterweiterung. Die Beitrittsverhandlungen wurden im März 1998 eröffnet und könnten – unter günstigen Bedingungen – bis zum Jahr 2002 oder 2003 abgeschlossen werden. Die Beitrittsprotokolle müssen vom Europäischen Parlament und von den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten sowie der Beitrittswerber ratifiziert werden (vgl. *Stankovsky – Plasser – Ulram, 1998*).

Die Transformation Osteuropas von der Planwirtschaft zur funktionierenden Marktwirtschaft ist ein schwieriger und riskanter Prozeß. Der EU-Beitritt wird zwar die Wachstumschancen der MOEL erhöhen, ist aber keineswegs eine Garantie für Erfolg.

Aus österreichischer Sicht ist von großer Bedeutung, daß im Zuge der „ersten Beitrittsrunde“ – mit Ausnahme der Slowakei – alle Nachbarstaaten im Osten integriert werden, mit denen Österreichs Wirtschaft eng verflochten ist. Die Hindernisse für eine Aufnahme der Slowakei liegen im politischen, nicht im wirtschaftlichen Bereich; die Slowakei hat somit weiterhin die Chance, in die erste Beitrittsgruppe aufgenommen zu werden.

Die Transformation Osteuropas von der Planwirtschaft zur funktionierenden Marktwirtschaft ist ein schwieriger und riskanter Prozeß. Der EU-Beitritt wird zwar die

Wachstumschancen der MOEL erhöhen, ist aber keineswegs eine Garantie für Erfolg. Er ist auch mit Risiken verbunden, die vor allem bei schlechter Vorbereitung und Absicherung akut werden könnten: u. a. anhaltende Leistungsbilanzdefizite infolge unzureichender Wettbewerbsfähigkeit auf offenen Märkten, die letztlich nur durch eine Wachstumsdrosselung verbessert werden könnte. Nicht zu übersehen ist auch die Gefahr, daß (einige) MOEL zur „Peripherie“ des westeuropäischen Kerns absinken könnten. *Tichy (1997)* zeigt, daß im Sinne der neuen Außenhandelstheorie eine dynamische Entwicklung die Nutzung von (betrieblichen und externen) Skaleneffekten und von Spezialisierungsvorteilen voraussetzt und einen großen Heimatmarkt sowie etwa gleiche Größe der Partner erfordert. Diese Bedingungen werden aber nach *Tichy* durch die vorgesehene Form der EU-Osterweiterung nicht erfüllt. So könnte ein Bilateralismus mit der EU als Zentrum und den MOEL als Peripherie entstehen – eine Situation, die vor allem in der Analyse der NAFTA als „Hub-and-spoke“-Modell bezeichnet wurde.

DIE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG DER 5 MOEL

Zu den größten Hindernissen einer schnellen und reibungslosen Aufnahme der Beitrittswerber aus Osteuropa in die EU zählt der große Unterschied zwischen ihrem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau und dem der aktuellen EU-Länder. Diese Kluft kann nur durch einen wirtschaftlichen Aufholprozeß in Osteuropa verringert werden.

Die Wirtschaftsleistung der osteuropäischen Beitrittswerber wird zunächst durch interne Faktoren bestimmt, zu welchen die Fortschritte der Transformation und die Wirtschaftspolitik zählen. Von großer Bedeutung sind die internationale Wettbewerbsfähigkeit, aber auch die Aufrechterhaltung der politischen und sozialen Stabilität. Eine ebenso wichtige Rolle spielen externe Faktoren: die Öffnung der Auslandsmärkte, der Zufluß von Auslandskapital (insbesondere in Form von Direktinvestitionen) und die internationale Konjunktur, wobei die Entwicklung in der EU den größten Einfluß hat. Die EU-Integration wird das Wachstum in Osteuropa spürbar beschleunigen. Die Finanzkrise in Rußland wird die Produktion direkt nur in einigen Branchen merklich dämpfen; entscheidend wird sein, ob Osteuropa das Vertrauen der westlichen Investoren wird behalten können.

VON DER TRANSFORMATIONSREZESSION ZUM AUFSCHWUNG

Nach dem politischen und wirtschaftlichen Umbruch gerieten alle Oststaaten in eine tiefe „Transformationsrezession“: Ihre reale Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) schrumpfte in den Jahren 1990 bis 1992 um

Bedeutung des EU-Beitritts für die Wirtschaft der Oststaaten

Beschleunigung des Wirtschaftswachstums:

- Exportausweitung: leichter Zugang zum EU-Markt, größeres Angebot durch verstärkte (ausländische und inländische) Investitionen, Einbindung in multinationale Konzerne (Technologietransfer, Marketing, Vertrieb),
- Steigerung der Investitionen aus dem Ausland (Sicherheit, EU-Verflechtung, Kaufkraftzunahme) und aus dem Inland (niedrigere Zinsen, Zugang zu Finanzmärkten),
- effizientere Wirtschaftspolitik und Verwaltung,
- intensiverer Wettbewerb,
- besserer Zugang zu Informationen und Know-how (EU-Programme),
- Finanzhilfe.

Die Wachstumsbeschleunigung schafft Arbeitsplätze, erhöht die Kaufkraft, dämpft den Migrationsdruck und unterstützt die politische Stabilisierung.

etwa ein Fünftel. Die Gründe des Produktionseinbruchs waren die Umstellung des Wirtschaftssystems, die Folgen der wirtschaftlichen Desintegration nach der Auflösung des RGW sowie die notwendige Anpassung der Produktionsstruktur. Dazu kamen länderspezifische Probleme, die zum Teil politische Ursachen hatten (insbesondere den Ausbruch des in der kommunistischen Ära nur unterdrückten Nationalismus).

Die 5 im vorliegenden Beitrag untersuchten MOEL – Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien – haben große Teile des institutionellen und organisatorischen Wandels, zum Teil auch des Strukturwandels im Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft relativ rasch bewältigt. Wirtschaftsliberalisierung und Struktur-anpassung verschärfen in diesen Ländern die Rezession – den schwersten Rückschlag erlitten sie 1991 und 1992, Polen bereits 1990. Mit den Systemreformen wurden die Voraussetzungen für ein Wirtschaftswachstum geschaffen. Den Aufschwung im Jahr 1993 erschwerte der Konjunkturreinbruch in Westeuropa (vor allem in Deutschland, dem für diese Länder wichtigsten Absatzmarkt). Im Jahr 1994 erreichten aber alle Transformationsländer den Wachstumspfad.

Die höchste Wachstumsdynamik weist bisher Polen auf: Im Durchschnitt der Jahre 1993/1997 erreichte die Rate +5,8% p. a. Überraschend sind die guten Wirtschaftsergebnisse der Slowakei – nach der Auflösung der ČSFR Ende 1992 wurde für dieses Land eine längere „Durststrecke“ erwartet. Der Aufschwung ist aber durch das wachsende Defizit der Handels- und Leistungsbilanz ge-

Übersicht 1: Das Wirtschaftswachstum in den 5 MOEL

	Polen	Tschechien	Slowakei	Ungarn	Slowenien
	Veränderung des realen BIP gegen das Vorjahr in %				
1989	+ 0,2	+ 4,5	+ 1,0	+ 0,7	- 1,8
1990	-11,6	- 1,2	- 2,5	- 3,5	- 4,7
1991	- 7,0	-11,5	-14,5	-11,9	- 8,9
1992	+ 2,6	- 3,3	- 6,5	- 3,1	- 5,5
1993	+ 3,8	+ 0,6	- 3,9	- 0,6	+ 2,8
1994	+ 5,2	+ 3,2	+ 5,0	+ 2,9	+ 5,3
1995	+ 7,0	+ 6,4	+ 6,8	+ 1,5	+ 4,1
1996	+ 6,1	+ 3,9	+ 6,9	+ 1,3	+ 3,1
1997, vorläufig	+ 6,9	+ 1,0	+ 6,5	+ 4,4	+ 3,8
1998, Prognose	+ 5,3	+ 0,5	+ 4,9	+ 5,2	+ 4,0
1999, Prognose	+ 5,2	+ 2,5	+ 3,0	+ 5,2	+ 4,0
2000, Prognose	+ 5,5	+ 5,0	+ 4,0	+ 5,0	+ 4,5
	1989 = 100				
1992	84,3	84,6	77,9	82,4	82,0
1997	111,8	98,0	95,8	90,4	98,9
2000, Prognose	131,9	109,1	106,7	104,7	109,7
	1992 = 100				
1997	132,5	115,9	122,9	109,8	120,6
	1997 = 100				
2000, Prognose	118,0	111,3	111,4	115,8	110,9

Q: WIW, EU, OECD, EBRD, WIFO.

fährt, die neue Regierung wird mit hoher Wahrscheinlichkeit strenge Sparmaßnahmen verfügen müssen. In Tschechien beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum von 3,2% 1994 auf etwa 4½% in den Jahren 1995 und 1996, doch brachte das Jahr 1997 eine spürbare Abschwächung. Die im Frühjahr 1997 zur Bekämpfung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichtes eingeführten Maßnahmen dämpften die Konjunktur zusätzlich (auf nur +1%) und lösten 1998 eine Rezession aus. Relativ schwach wuchs bisher die Wirtschaft Ungarns, ein positives Ergebnis wurde erst 1994 (+2,9%) erreicht. Ab dem März 1995 mußte Ungarn zur Bewältigung einer drohenden Budget- und Leistungsbilanzkrise ein massives „Sparpaket“ umsetzen. Die Maßnahmen brachten zwar bald die gewünschten Erfolge, sie drosselten aber in den Jahren 1995 und 1996 das Wachstum auf nur knapp über 1%. Erst 1997 expandierte Ungarns BIP wieder um etwa 4,4%. Erfolgreich war bisher Slowenien mit jährlichen Wachstumsraten von etwa 3½% (Übersicht 1).

AUSBLICK FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE

Die binnenwirtschaftlichen Faktoren erlauben den MOEL die Fortsetzung eines relativ kräftigen Wirtschaftswachstums, auch wenn in einigen Ländern die Zahlungsbilanz den Wachstumsspielraum zeitweise einengen könnte. Entscheidend wird die Entwicklung der internationalen Konjunktur – vor allem in der EU – sein: Die 1999 erwartete Abschwächung wird auch in den MOEL das Wachstum dämpfen. Die Finanzkrisen in Fernost und Rußland treffen Osteuropa direkt nur zum Teil – durch Exporteinbußen und verschärfen internationalen Wettbewerb. Ungewiß sind derzeit die Auswirkungen auf die Kapitalströme. Die Erfahrungen aus Fernost

und Rußland werden die Kapitalgeber zu einer strengeren Überprüfung ihres Engagements in Osteuropa veranlassen; andererseits könnte, nach dem Rückzug aus Fernost und Rußland, Osteuropa für private Kapitalanleger an Attraktivität gewinnen. Schwierigkeiten könnten sich in bezug auf bestehende oder geplante Direktinvestitionen mehrerer ASEAN-Staaten in Osteuropa ergeben.

Unter der Voraussetzung einer zumindest durchschnittlichen Konjunktur in Westeuropa kann in den nächsten Jahren in Osteuropa mit einem Wirtschaftswachstum von etwa 4½% gerechnet werden. Im Jahr 2000 wird die Wirtschaftsleistung im Durchschnitt um etwa 10% höher sein als 1989 (Polen +30%, Slowenien und Tschechien +10%, Slowakei und Ungarn +5%).

Mitunter wird ein Vergleich zwischen Osteuropa und den „Vier Tigern“ in Fernost gezogen¹⁾. J. Sachs kritisierte 1996 in einem vielbeachteten Vortrag in Prag, daß die Transformationsländer nicht die Voraussetzungen für ein schnelleres Wachstum geschaffen hätten. Er monierte vor allem zu hohe Steuern, zu geringe Flexibilität des Arbeitsmarktes und zu geringen Zustrom an Auslandskapital. Seine Vorschläge sind aber zum Teil politisch kaum durchsetzbar: Eine Verringerung der Sozialleistungen hätte mit hoher Wahrscheinlichkeit eine politische Destabilisierung zur Folge. Die Bevölkerung mißt in Osteuropa ihre aktuelle Lage zugleich an den Standards des „realen Sozialismus“ und den Sozialleistungen der westlichen Nachbarn. In den meisten „Tigerstaaten“ in Fernost waren zudem lange autoritäre Regierungen an der Macht, die den Lohnanstieg relativ leicht unter Kontrolle halten konnten. Eine „Singapur-Demokratie“ – zu der es auch in einigen Ländern Osteuropas Ansätze gibt – ist aber für Westeuropa auf keinen Fall akzeptabel.

LANGFRISTIGE WACHSTUMSAUSSICHTEN DER 5 MOEL

Internationale Vergleiche zeigen, daß Perioden mit einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme des BIP pro Kopf über 3% selten sind. Solche Aufholprozesse sind in der Regel mit hohen Investitionen und maßgeblicher Steigerung der Produktivität verknüpft. Die EBRD (1997) untersuchte die Perioden schnellen Wachstums in Westeuropa und Japan in der Nachkriegszeit sowie in den neuen Industrieländern in Fernost in den siebziger und achtziger Jahren. Insbesondere die Situation in Westeuropa und Japan in der Nachkriegszeit (verzerrte Produktionsstrukturen, mangelhafte Infrastruktur, fehlende Institutionen, nicht funktionierende Märkte) hat manche Ähnlichkeit mit der gegenwärtigen Lage in den Oststaaten.

¹⁾ Die Finanzkrise vom Herbst 1997 in mehreren Ländern im Fernen Osten kann zwar die Wirtschaftserfolge der Region relativieren, nicht aber grundsätzlich in Frage stellen. Sie wird das Wachstum zeitweise dämpfen, aber keineswegs zum Stillstand bringen.

Das Wirtschaftswachstum der untersuchten Länder wurde in die Komponenten Kapitalakkumulation, Ausweitung des Arbeitsinputs und Verbesserung der Faktorproduktivität aufgespalten. Letztere Position wurde, wenn möglich, in einen Beitrag der Effizienzsteigerung und einen Restposten aufgeteilt.

Die Länder in Fernost erreichten in der Nachkriegszeit eine höhere Wachstumsdynamik als Westeuropa. Dieser Vorsprung war aber vor allem der viel größeren Ausweitung der Arbeitsleistung zuzuschreiben: In Westeuropa nahm der Arbeitsinput in den fünfziger und sechziger Jahren um weniger als 0,5% p. a. zu, in Südkorea hingegen um 4,5% p. a., in Taiwan um 3,6% p. a. und in Japan um 2,5% p. a.²⁾ Höher als in Westeuropa war in Fernost auch der Beitrag der Kapitalakkumulation zum Wirtschaftswachstum (Westeuropa +2% p. a., Fernost +3% bis +4% p. a.). Die Feststellung, daß die Länder in Fernost ihren zunehmenden Wohlstand dem Fleiß und der Sparsamkeit – die oft mit unterschiedlichen soziokulturellen Bedingungen erklärt werden – verdanken, läßt sich somit auch statistisch belegen.

Der Beitrag der Verbesserung der gesamten Faktorproduktivität zum Wirtschaftswachstum war hingegen in Westeuropa mit rund +3% p. a. wesentlich höher als in Fernost (+1½% bis +2½% p. a.). Ausnahmen waren Großbritannien einerseits (+1,2% p. a.) und China andererseits (+3,9% p. a.).

Im internationalen Vergleich kann das langfristige Wirtschaftswachstum eines Landes annähernd durch das anfängliche Entwicklungsniveau, die Investitionsquote und den Bildungsstand erklärt werden. Aufgrund dieser Beziehung hat die EBRD den Wachstumsspielraum Osteuropas für die nächsten 25 Jahre geschätzt. Für die 5 MOEL ergeben sich Wachstumsraten von etwa 4½% bis 6½% p. a.

Berechnungen zeigen, daß im internationalen Vergleich das langfristige Wirtschaftswachstum eines Landes annähernd durch dessen anfängliches Entwicklungsniveau (ein niedriges Ausgangsniveau erhöht im Aufholprozeß die Wachstumsmöglichkeiten), die Investitionsquote und den Bildungsstand erklärt werden kann. Aufgrund dieser Beziehung hat die EBRD den Wachstumsspielraum der Länder Osteuropas für die nächsten 25 Jahre geschätzt. Für die 5 MOEL ergeben sich dabei Wachstumsraten von etwa 4½% bis 6½% p. a. (Polen +4,3%, Ungarn +5,1%, Tschechien +5,3%, Slowenien +4,8%, Slowakei +6,6%).

²⁾ Der starke Anstieg des Arbeitsinputs in Fernost war den wachsenden Partizipationsraten und einer Verbesserung der Qualität der Arbeitskraft durch Schulung und Ausbildung zuzuschreiben.

Für ein überdurchschnittliches Wachstum in den Transformationsländern spricht auch, daß in dieser Region die Möglichkeiten zur effizienteren Nutzung der Ressourcen größer sind als in Westeuropa oder Japan in der Nachkriegszeit. Zur Vorsicht mahnt hingegen die große Bedeutung institutioneller Faktoren für das langfristige Wirtschaftswachstum. Schätzungen der EBRD unter Einbeziehung des Einflusses unzureichender Institutionen ergaben für alle Oststaaten deutlich niedrigere Prognosewerte. Die EBRD kommt daher in ihrer Studie zum Schluß, daß selbst in Ländern mit relativ gut funktionierenden Institutionen dieser Faktor die langfristigen Wachstumsaussichten um bis zu 1½ Prozentpunkte reduzieren könnte, sofern nicht weitere Reformen gesetzt werden. Wie auch Österreichs Erfahrungen zeigen, wird der EU-Beitritt den Prozeß der Verbesserung der Institutionen beschleunigen. Er wird somit auch über diesen Mechanismus dem Wachstum in den MOEL wichtige Impulse verleihen.

AUSWIRKUNGEN DES EU-BEITRITTS AUF DAS WIRTSCHAFTSWACHSTUM DER 5 MOEL

Über die Auswirkungen des EU-Beitritts auf die Wirtschaft der MOEL liegen nur wenige aktuelle Studien vor. Diese zeigen aber übereinstimmend, daß die Aufnahme in die EU nicht nur das Wachstum der MOEL beschleunigen, sondern auch für die EU positive Wachstumsimpulse auslösen dürfte. Nach *Baldwin – Francois – Portes* (1997) könnte – gemäß einer vorsichtigen Schätzung – das Einkommen der 5 MOEL um 1,5% (+2 Mrd. ECU zu Preisen von 1992)³⁾, jenes der EU um 0,2% (+9,8 Mrd. ECU) zunehmen⁴⁾. In einem erweiterten Ansatz (der eine deutliche Ausweitung der Investitionen in den MOEL annimmt) erhöht sich das Einkommen der 5 MOEL sogar um 18,8% (+24,1 Mrd. ECU), während sich für die EU nur eine geringe Änderung ergibt (+11,2 Mrd. ECU)⁵⁾.

Weitere Wachstumsimpulse werden sich in den MOEL nach dem EU-Beitritt durch die Nettotransfers im Rahmen der Struktur- und Kohäsionsfonds (für die in der Agenda 2000 eine Obergrenze von 4% des BIP der Empfangsländer vorgeschlagen wird) sowie der GAP ergeben. *Baldwin – Francois – Portes* (1997) schätzen diese Transfers auf 20 Mrd. ECU; sie würden damit das BIP der 5 MOEL unmittelbar (ohne Multiplikatoreffekte)

³⁾ Die in *Baldwin – Francois – Portes* (1997) ausgewiesenen Werte für sieben MOEL (5 MOEL, Bulgarien, Rumänien) wurden auf 5 MOEL umgerechnet (Anteil 80%).

⁴⁾ Diese Berechnung berücksichtigt die Handelseffekte: Beseitigung aller Zölle zwischen der EU und den MOEL (einschließlich Agrarhandel), Übernahme des Gemeinsamen Zolltarifs der Union durch die MOEL, Teilnahme der MOEL am Binnenmarkt (Senkung der realen Handelskosten um 10%).

⁵⁾ Hier wurde zusätzlich ein Rückgang der Risikoprämie für die MOEL auf das Niveau von Portugal angenommen.

Übersicht 2: Wachstumsimpulse in den Oststaaten durch den EU-Beitritt

Simulation mit einem Allgemeinen Gleichgewichtsmodell

	Integrations-effekte		EU-Budget: Zahlungen netto
	Vorsichtige Schätzung ¹⁾	Erweiterte Schätzung ²⁾	
Mrd. ECU (zu Preisen von 1992)			
<i>Oststaaten</i>			
5 MOEL	2,0	24,1	20,0
7 MOEL ³⁾	2,5	30,1	–
EU 15	9,8	11,2	–20,0
Abweichungen vom BIP-Wachstum in Prozentpunkten			
<i>Oststaaten</i>			
5 MOEL	+ 1,5	+18,8	+15,6
7 MOEL ³⁾	+ 1,5	+18,8	–
EU 15	+ 0,2	+ 0,2	–

Q: *Baldwin – Francois* (1997). – ¹⁾ Senkung der realen Handelskosten um 10% (Beseitigung aller Zölle zwischen EU und MOEL, Übernahme des Gemeinsamen Zolltarifs der EU, Teilnahme am Binnenmarkt). – ²⁾ Rückgang der Risikoprämie für Investitionen in den Oststaaten auf das Niveau von Portugal, Zunahme des Kapitalstocks um 68%. – ³⁾ Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Bulgarien, Rumänien.

um etwa 15,5% anheben. Für die EU-interne Diskussion ist Baldwins Einschätzung wichtig, daß aus der Osterweiterung alle EU-Länder (insbesondere Deutschland und Frankreich) Vorteile erzielen werden; lediglich für Portugal ergibt sich ein geringer Verlust (Übersicht 2).

Auch das DIW (*DIW*, 1996, *Weise*, 1997) untersucht in einer umfassenden Studie der EU-Osterweiterung die Wachstumseffekte. Die Wachstumsrate der MOEL könnte sich demnach in der Folge des EU-Beitritts über die nächsten 20 Jahre um rund 0,5 Prozentpunkte jährlich erhöhen.

Die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Österreich wurden von *Keuschnigg – Kohler* (1997) sowie *Breuss – Schebeck* (1996) berechnet⁶⁾.

VERGLEICH DER WIRTSCHAFT DER MOEL MIT ÖSTERREICH UND DER EU

Die 5 MOEL sind, mit Ausnahme von Polen, kleine Länder. Ihre *Bevölkerung* entspricht 17,8% der Bevölkerung der EU (davon Polen 10,3%). In einer erweiterten EU wird Polen, gemessen an der Bevölkerung, den 6. Rang einnehmen. Slowenien und die baltischen Staaten werden (mit Luxemburg) die kleinsten EU-Länder sein. Die Wirtschaftsleistung der 5 MOEL (BIP zu Kaufkraftparitäten) erreichte im Jahr 1997 nur 8,1% der EU, gemessen am BIP zu laufenden Wechselkursen nur 3,3% (Übersicht 3).

Das dann deutliche Übergewicht kleiner und mittlerer Länder hat wichtige wirtschaftliche und politische Konsequenzen für die EU. Die Integrationstheorie weist zu meist darauf hin, daß der Zusammenschluß unterschiedlich großer Länder den kleineren Ländern mehr Vorteile

⁶⁾ *Breuss, F., Schebeck, F.*, „Kosten und Nutzen der EU-Osterweiterung für Österreich“, in diesem Heft.

Übersicht 3: Bevölkerung und BIP der 5 MOEL im Jahr 1997

	Bevölkerung		BIP			Bevölkerung		BIP	
	Mill. Personen	Nominell		Zu Kaufkraftparitäten		EU = 100	Nominell ¹⁾		Zu Kaufkraftparitäten ¹⁾
		Mrd. \$	Mrd. ECU	Mrd. \$	Mrd. ECU				
5 MOEL	66,5	270,0	238,3	657,0	579,3	17,8	3,3	8,1	
Polen	38,7	135,6	119,7	330,2	291,2	10,3	1,7	4,1	
Tschechien	10,3	52,0	45,9	140,4	123,8	2,8	0,6	1,7	
Slowakei	5,4	19,4	17,2	54,7	48,2	1,4	0,2	0,7	
Ungarn	10,1	44,8	39,5	102,4	90,3	2,7	0,6	1,3	
Slowenien	2,0	18,2	16,1	29,3	25,8	0,5	0,2	0,4	
Österreich	8,1	206,2	181,8	195,7	172,6	2,2	2,5	2,4	
EU 15	374,4	8.087,8	7.131,5	8.084,1	7.128,2	100,0	100,0	100,0	

Q: WIIW, WIFO, IMF, OECD, Eurostat. – ¹⁾ Auf Dollarbasis.

biete, weil sie in stärkerem Ausmaß Economies of Scale nutzen könnten. Die EU würde somit die MOEL am wirksamsten durch eine Aufnahme unterstützen.

Ein Vergleich wichtiger Wirtschaftsindikatoren der MOEL mit der EU liefert ein recht differenziertes Bild. Am besten schneiden die MOEL hinsichtlich des Budgetsaldos der öffentlichen Haushalte ab: Die meisten Länder erfüllen hier das „Maastricht-Kriterium“. In der Slowakei hat sich die Situation 1997 aber deutlich verschlechtert (Übersicht 4).

Die *Arbeitslosenquote* lag 1997 in den meisten MOEL nahe dem EU-Durchschnitt (11,2%). Der Arbeitsmarkt bedeutet demnach für West- und Osteuropa eine gleichermaßen große Herausforderung. In Tschechien war die Arbeitslosenquote bis 1997 niedrig, hat aber seit Mitte 1998 spürbar zugenommen.

Die Arbeitslosenquote entsprach 1997 in den meisten MOEL etwa dem EU-Durchschnitt (1997 11,2%). Der Arbeitsmarkt bedeutet demnach für West- und Osteuropa eine gleichermaßen große Herausforderung.

Viel schlechter als die EU schneiden die MOEL in bezug auf die *Preisstabilität* ab. Lediglich in der Slowakei, in Tschechien und Slowenien blieb die Inflationsrate 1997 unter 10% (EU 2%). Häufig wird allerdings die Meinung vertreten, eine etwas höhere Inflation sei während der Transformation akzeptabel, da sie Strukturanpassungen erleichtere. Eine Senkung der Inflation muß zwar angestrebt werden, doch zieht ein zu ehrgeiziges Inflationsziel in der Regel erhebliche Wachstumsverluste nach sich.

ENTWICKLUNGSNIVEAU DER WIRTSCHAFT

Deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegt in den MOEL das *BIP pro Kopf*, welches das wirtschaftliche Entwicklungsniveau bzw. den *Wohlstand* mißt. Diese Diskrepanz bildet das eigentliche Dilemma des Transformationsprozesses in Osteuropa: Anhand der meisten Bildungskennzahlen – die in der Regel mit jenen des Entwicklungsni-

veaus eng korreliert sind – ist der Rückstand Osteuropas gegenüber Westeuropa gering. Das niedrige BIP pro Kopf im Osten – definitorisch eine Folge der niedrigen Produktivität – ist das Erbe des planwirtschaftlichen und politischen Systems sowie der verzerrten Produktionsstrukturen. Das BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten – diese Berechnung berücksichtigt auch das relativ niedrige Preisniveau in den betroffenen Ländern – erreichte 1997 zwischen 61% (Slowenien) und 35% (Polen) des österreichischen Vergleichswertes⁷⁾. Noch viel deutlicher wird der Rückstand der MOEL in einem Vergleich des BIP pro Kopf zu laufenden Wechselkursen: Diese Kennzahl beträgt zwischen 36% (Slowenien) und 14% (Polen) des Wertes für Österreich⁸⁾. Die Schwankungen der Wechselkurse – die auf die Einschätzung der Finanzbedingungen, der politischen Lage usw. reagieren – beeinflussen hier die Berechnung des Indikators.

Das niedrige BIP pro Kopf im Osten – definitorisch eine Folge der niedrigen Produktivität – ist das Erbe des planwirtschaftlichen und politischen Systems sowie der verzerrten Produktionsstrukturen.

Die Löhne entsprachen 1997 in den 5 MOEL 12% bis 14% des österreichischen Wertes; lediglich in Slowenien erreichten sie 38%. Zu berücksichtigen ist allerdings die starke regionale Differenzierung innerhalb der MOEL: In Gebieten an der Westgrenze und in den Hauptstädten werden überdurchschnittliche Werte erreicht.

INTERNATIONALISIERUNG

Die *internationale Verflechtung* der Wirtschaft ist eng mit der Landesgröße korreliert: In großen Ländern ist die Ex-

⁷⁾ Die Berechnung des BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten ergibt je nach Quelle unterschiedliche Werte. Die hier verwendeten Daten basieren auf der jüngsten Veröffentlichung von Eurostat (1998). Sie liefern für alle MOEL höhere Ergebnisse als die meisten früheren Berechnungen.

⁸⁾ Die Diskrepanz zwischen dem BIP zu laufenden Wechselkursen und zu Kaufkraftparitäten gibt die Unterbewertung einer Währung wieder.

Übersicht 4: Wirtschaftskennzahlen der 5 MOEL im Jahr 1997

		Polen	Tschechien	Slowakei	Ungarn	Slowenien	Österreich
<i>Konjunkturindikatoren</i>							
Arbeitslosenquote	In %	11,2	4,6	12,5	8,8	14,8	7,1
Inflationsrate	In %	+ 14,9	+ 8,5	+ 6,1	+ 23,6	+ 9,1	+ 1,3
Budgetsaldo des Zentralstaates	In % des BIP	- 1,3	- 1,0	- 5,7	- 4,1	- 1,1	- 2,5
<i>Wohlstand</i>							
BIP pro Kopf	USD	3.516,0	5.103,5	3.612,8	4.423,0	9.186,0	25.538,0
Zu Kaufkraftparitäten	USD	8.505,8	13.609,2	10.093,5	10.093,5	14.743,3	24.156,3
	ECU	7.500,0	12.000,0	8.900,0	8.900,0	13.000,0	21.300,0
Monatslohn	USD	323,7	337,3	274,4	306,7	903,3	2.350,3
<i>Internationalisierung</i>							
Exporte	In % des BIP	19,0	43,8	45,2	42,5	45,9	28,4
Ausländische Direktinvestitionen							
Neuinvestitionen	In % des BIP	4,2	2,5	1,6	4,7	3,3	1,2
Bestände	In % des BIP	13,1	13,0	7,8	39,1	13,2	8,7
Exporte	Pro Kopf	665,4	2.212,1	1.633,2	1.891,1	4.189,0	7.257,8
Ausländische Direktinvestitionen							
Neuinvestitionen	Pro Kopf	146,7	126,2	57,2	208,6	300,0	305,8
Bestände	Pro Kopf	457,5	685,5	280,9	1.735,5	1.200,0	2.226,3
<i>Außenwirtschaftliches Gleichgewicht</i>							
Handelsbilanz	In % des BIP	- 12,2	- 8,4	- 7,6	- 4,7	- 5,4	- 2,7
Leistungsbilanz	In % des BIP	- 3,1	- 6,1	- 6,9	- 2,2	0,4	- 1,9
Stand der Währungsreserven	In % des BIP	15,1	18,7	16,6	18,9	18,2	9,6
Auslandsverschuldung	In % des BIP	28,4	41,6	50,9	52,9	22,9	-
Österreich = 100							
<i>Konjunkturindikatoren</i>							
Arbeitslosenquote	In %	157,7	64,8	176,1	123,9	208,5	100,0
Inflationsrate	In %	1.146,2	653,8	469,2	1.815,4	700,0	100,0
Budgetsaldo des Zentralstaates	Mill. \$	52,0	40,0	228,0	164,0	44,0	100,0
<i>Wohlstand</i>							
BIP pro Kopf	USD	13,8	20,0	14,1	17,3	36,0	100,0
Zu Kaufkraftparitäten	USD	35,2	56,3	41,8	41,8	61,0	100,0
Monatslohn	USD	13,8	14,4	11,7	13,0	38,4	100,0
<i>Internationalisierung</i>							
Exporte	In % des BIP	66,9	154,2	159,2	149,6	161,6	100,0
Ausländische Direktinvestitionen							
Neuinvestitionen	In % des BIP	350,0	208,3	133,3	391,7	275,0	100,0
Bestände	In % des BIP	150,6	149,4	89,7	449,4	151,7	100,0
Exporte	Pro Kopf	9,2	30,5	22,5	26,1	57,7	100,0
Ausländische Direktinvestitionen							
Neuinvestitionen	Pro Kopf	48,0	41,3	18,7	68,2	98,1	100,0
Bestände	Pro Kopf	20,5	30,8	12,6	78,0	53,9	100,0
<i>Außenwirtschaftliches Gleichgewicht</i>							
Handelsbilanz	In % des BIP	451,9	311,1	281,5	174,1	200,0	100,0
Leistungsbilanz	In % des BIP	163,2	321,1	363,2	115,8	- 21,1	100,0
Stand der Währungsreserven	In % des BIP	157,3	194,8	172,9	189,6	189,6	100,0
Auslandsverschuldung	In % des BIP	-	-	-	-	-	-

Q: WIIW, WIFO, IMF, OECD, Eurostat.

port- und Importquote⁹⁾ relativ klein, in kleinen Ländern hingegen relativ groß. Erwartungsgemäß ist deshalb die Internationalisierung der MOEL recht hoch. Österreichs Exportquote betrug 1997 28,4%; mit Ausnahme von Polen erreicht jene der MOEL über 40% und übertrifft damit nicht nur den österreichischen, sondern auch den EU-Wert (25,4%)¹⁰⁾.

In der planwirtschaftlichen Ära war der Außenhandel aller MOEL stark nach dem Osten ausgerichtet, mit der UdSSR als dominierendem Handelspartner. Nach 1989 erfolgte eine rasche Reorientierung der Wirtschaftsbeziehungen zum Westen, die EU wurde sehr bald zum wichtigsten Handelspartner: 1997 entfielen mehr als 70%

der Exporte Ungarns und 60% der Ausfuhr Polens, Sloweniens und Tschechiens auf die EU (ohne den Handel zwischen Tschechien und der Slowakei übersteigt auch in diesen Ländern der Exportanteil der EU die 60%-Marke). Im Durchschnitt der EU 15 erreicht der Anteil des Intra-Handels am Gesamtexport 61,8% (1997). Die Außenhandelsverflechtung der MOEL mit der EU bleibt somit kaum hinter jener der heutigen EU-Länder zurück.

DIREKTINVESTITIONEN

Auch das Volumen an *Direktinvestitionen* aus dem Ausland ist in mehreren MOEL mit jenem der EU-Länder durchaus vergleichbar. Die Direktinvestitionsquote (Direktinvestitionen in Prozent des BIP) ist in den meisten MOEL höher als in Österreich, und zwar sowohl in bezug auf Neuinvestitionen als auch auf den Investitionsbestand. Ungarn, das die größte Attraktivität für Aus-

⁹⁾ Exporte bzw. Importe in Prozent des BIP.

¹⁰⁾ Die Exportquote Österreichs bzw. der EU schließt hier auch den Intra-EU-Handel ein.

landskapital im Osten besitzt, verzeichnet drei- bis viermal so hohe Werte wie Österreich.

Ein anderes Bild ergibt allerdings der Internationalisierungsvergleich anhand von Pro-Kopf-Quoten. In Österreich machten die Exporte pro Kopf 1997 fast 7.300 \$ aus, in den 5 MOEL blieb dieser Wert erheblich darunter: Tschechien exportierte pro Einwohner nur 31% des österreichischen Vergleichswertes, Ungarn 26%, Slowenien 58% und Polen nur 9%. Ähnlich waren die ausländischen Neuinvestitionen in Österreich 1996 mit 305,8 \$ pro Kopf und die Investitionsbestände mit 2.226,5 \$ pro Kopf drei- bis viermal so hoch wie in den 5 MOEL.

Das *außenwirtschaftliche Gleichgewicht* wird zumeist anhand der Kennzahlen Handelsbilanz, Leistungsbilanz, Stand der Währungsreserven und Auslandsverschuldung beurteilt. Zu berücksichtigen ist hier, daß 1997 für die Außenwirtschaft fast aller MOEL ein besonders schlechtes Jahr war: Aus hohen Investitionen und steigenden Löhnen ergaben sich wachsende Defizite.

1997 überschritt in den 5 MOEL das Defizit der Handelsbilanz die Grenze von 5% des BIP (Ungarn -4,7%). Alle Länder wiesen allerdings im Dienstleistungshandel zum Teil erhebliche Überschüsse aus¹¹⁾. Nur Slowenien verzeichnete ein Leistungsbilanzaktivum, in den anderen Ländern betrug das Defizit zwischen 2,2% (Ungarn) und 6,9% (Polen).

In mehreren MOEL erreicht die *Auslandsverschuldung* eine kritische Höhe¹²⁾. Vor allem Ungarn hat aus der planwirtschaftlichen Ära eine schwere Schuldenlast übernommen. Polen wurde nach dem Umbruch etwa die Hälfte der Auslandsschulden erlassen. Aufgrund des Leistungsbilanzdefizits nahm in den meisten Ländern der Region in der jüngeren Vergangenheit die Auslandsverschuldung zu. Der Zufluß ausländischer Direktinvestitionen kann allerdings diesen Effekt kompensieren; davon macht insbesondere Ungarn Gebrauch. Internationale Vergleiche basieren meist auf der Auslandsverschuldung in Prozent des BIP. 1997 waren demnach Ungarn (53%) und die Slowakei (51%) am höchsten verschuldet, für Polen betrug die Vergleichszahl 28,4%. Tschechien und Ungarn verfügten allerdings über relativ hohe Währungsreserven (jeweils 19% des BIP), während diese in Polen nur 15% ausmachten.

Zu den für die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion der EU maßgeblichen Maastricht-Kriterien zählen der *Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte* sowie die öffentliche Verschuldung, definiert als die Bruttoverschuldung des Zentralstaates, der Regionen

¹¹⁾ Vor allem im Tourismus; in Polen bildet der Direktimport von Deutschen und Ukrainern eine wichtige Devisenquelle.

¹²⁾ Die Auslandsverschuldung von Industriestaaten wird meist nur im Zusammenhang mit Abwertungseffekten diskutiert.

und Gemeinden. Der Finanzierungssaldo darf 3% des BIP, die Verschuldung 60% des BIP nicht übersteigen. Die meisten MOEL verzeichneten zwar zu Beginn der Transformation ein erhebliches Budgetdefizit, doch waren die Bemühungen um eine Budgetkonsolidierung in den meisten Fällen erfolgreich. Das Defizit des Gesamtstaates betrug 1994 in Ungarn 6,1% des BIP (1996 nur 3,8%), in anderen MOEL blieb es unter der 3%-Marke (*Europäische Kommission*, 1997). Aus heutiger Sicht dürfte somit das Budgetkriterium die EU-Integration der MOEL nicht nachhaltig behindern.

Die *Staatsverschuldung* der MOEL wurde bisher nur wenig diskutiert (in den statistischen Übersichten zu den Avis ist sie nicht enthalten). Sie dürfte in den meisten MOEL (mit Ausnahme von Ungarn) nicht allzu hoch sein, da in der planwirtschaftlichen Ära die Haushalte großteils ausgeglichen waren und das Budgetdefizit nach dem Umbruch möglichst gering gehalten wurde. Nach Zeitungsmeldungen überschreitet nur Ungarn (1997 64% des BIP) die „Maastricht“-Schwelle, aber auch in Polen (48% des BIP) und der Slowakei (41%) ist die Verschuldung relativ hoch. Besonders niedrig war sie 1997 in Tschechien und Slowenien mit jeweils 11% (Lidove Noviny, 8. Oktober 1998).

WIRTSCHAFTSSTRUKTUR

Die *Wirtschaftsstruktur* der MOEL, gemessen an den Anteilen der Sektoren an der Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes, unterscheidet sich von jener der EU-Länder, die Differenzen sind aber relativ klein und werden sich voraussichtlich in Zukunft weiter verringern. Die Struktur einer Volkswirtschaft ist zwar mit dem Wohlstand korreliert, der Vergleich allein sagt aber nur wenig über das Entwicklungsniveau aus, da dieses vor allem von der Produktivität der einzelnen Sektoren abhängt.

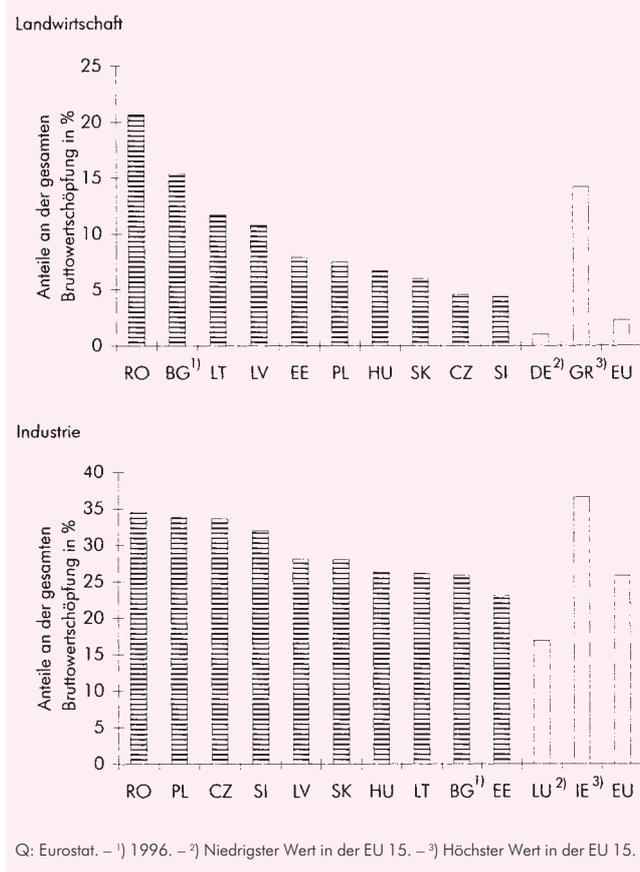
Der Anteil der Landwirtschaft an der Entstehung des BIP ist in den 5 MOEL etwas höher als in der EU¹³⁾. Merklich über dem EU-Durchschnitt liegt in allen 5 MOEL der Anteil der Industrie. Entsprechend geringer ist der Beitrag der Dienstleistungen zur Wertschöpfung (Abbildung 1).

INVESTITIONEN

In den meisten MOEL wird für *Bruttoanlageinvestitionen* ein höherer Anteil des BIP als in der EU verwendet. Am höchsten ist die Investitionsquote in der Slowakei (1997 38,6%) und in Tschechien (30,7%), am niedrigsten in Polen (20,8%). Unter den EU-Ländern erreicht die Investitionsquote den höchsten Wert in Portugal mit 25,6% (Abbildung 2). Die hohen Investitionen spiegeln den großen Nachhol- und Umstrukturierungsbedarf der Re-

¹³⁾ Wesentlich höher ist in den MOEL (insbesondere in Polen) der Anteil der Landwirtschaft an der Beschäftigung.

Abbildung 1: Bruttowertschöpfung 1997

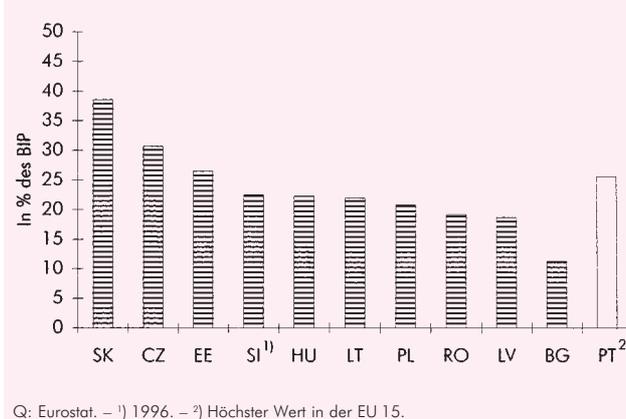


gion wider. Sie resultieren allerdings in den meisten MOEL nicht allein aus dem Sparen der Bevölkerung bzw. der Ausgabenzurückhaltung der öffentlichen Hand: Der Anteil des privaten und des öffentlichen Konsums an der Wertschöpfung war in den MOEL 1995 – allerdings mit erheblichen Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern – nicht wesentlich niedriger als in der EU. Die Investitionen werden vielmehr durch den Import von Auslandskapital finanziert. Eine solche Tendenz ist – sofern sie eine Produktivitätssteigerung bewirkt – sinnvoll, sie kann aber die Investitionen inländischer Ersparnisse nur ergänzen, nicht ersetzen. Die Auslandsfinanzierung von Investitionen darf vor allem eine bestimmte Grenze – die nicht exakt zu definieren ist – nicht überschreiten, da sonst die ausländischen Investoren ihr Vertrauen verlieren. Dies dürfte 1997 in einigen Ländern auch der Fall gewesen sein.

ZUSAMMENFASSUNG

Nach dem politischen Umbruch im Jahr 1989 gerieten alle Oststaaten in eine tiefe „Transformationsrezession“: Das reale Bruttoinlandsprodukt schrumpfte in den Jahren 1990 bis 1992 um etwa ein Fünftel. Die Ursachen des Produktionseinbruchs waren die Umstellung des Wirtschaftssystems, die Folgen der wirtschaftlichen Desintegration nach der Auflösung des RGW sowie die An-

Abbildung 2: Bruttoanlageinvestitionen 1997



passung der Produktionsstruktur. Dazu kamen weitere, länderspezifische Probleme.

Die 5 MOEL bewältigten einen großen Teil des institutionellen und organisatorischen Wandels, zum Teil auch des Strukturwandels im Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft relativ rasch. Systemreformen schufen die Voraussetzungen für ein Wirtschaftswachstum. Der Aufschwung im Jahr 1993 wurde aber durch den Konjunkturinbruch in Westeuropa erschwert. 1994 erreichten jedoch alle Transformationsländer den Wachstumspfad. Die Beeinträchtigung des Wachstums durch die Krisen in Fernost und in Rußland dürfte begrenzt sein.

Unter der Voraussetzung einer zumindest durchschnittlichen Konjunktur in Westeuropa kann in den nächsten Jahren in Osteuropa mit einem Wirtschaftswachstum von etwa 4½% gerechnet werden. Im Jahr 2000 wird aufgrund der Wachstumsannahmen in den MOEL die Wirtschaftsleistung um etwa 10% höher sein als 1989; in Polen könnte sie um etwas mehr als 30%, in Slowenien und Tschechien um 10% und in der Slowakei und Ungarn um etwa 5% über dem Wert von 1989 liegen.

Das langfristige Wirtschaftswachstum eines Landes kann annähernd durch dessen anfängliches Entwicklungsniveau, die Investitionsquote und den Bildungsstand erklärt werden kann. Anhand dieser Beziehung schätzt die EBRD den Wachstumsspielraum für die 5 MOEL in den nächsten 25 Jahren auf etwa +4½% bis +6½% p. a. Für ein überdurchschnittliches Wachstum spricht, daß in den Transformationsländern die Möglichkeiten zur effizienteren Nutzung der Ressourcen besser sind als in Westeuropa oder Japan nach dem Zweiten Weltkrieg. Zur Vorsicht mahnt hingegen die große Bedeutung institutioneller Faktoren für das langfristige Wirtschaftswachstum – und hier weisen die MOEL noch erhebliche Defizite auf.

Nach dem politischen Umbruch im Jahr 1989 waren alle Länder Osteuropas um eine Neuorientierung ihrer Wirtschaftsbeziehungen von Ost nach West bemüht. Die

Öffnung des Marktes gegenüber dem Westen und die damit verbundene Verschärfung des Wettbewerbs waren ein wichtiges Element der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft.

Den Bemühungen der Oststaaten um einen EU-Beitritt stand die EU anfangs zurückhaltend gegenüber. Erst der Europäische Rat in Kopenhagen öffnete 1993 den Weg Osteuropas in die Union. Die Aufnahme wurde an die Erfüllung bestimmter politischer und wirtschaftlicher Bedingungen geknüpft. In ihrer Stellungnahme (Avis) zu den von insgesamt 10 osteuropäischen Ländern eingereichten Beitrittsanträgen empfiehlt die Europäische Kommission die Aufnahme von Verhandlungen mit fünf Ländern (Ungarn, Polen, Tschechien, Slowenien, Estland). Die ande-

ren fünf Beitrittswerber (Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Lettland, Litauen) sollen auf die Aufnahme intensiv vorbereitet werden. Diese Vorschläge wurden vom Europäischen Rat in Luxemburg 1997 angenommen.

In einem im Juni 1997 vorgelegten Dokument (Agenda 2000) präsentierte die Kommission auch Vorschläge für Reformen der Union (insbesondere im Bereich der Agrar- und Strukturpolitik) sowie für die Finanzierung der Osterweiterung. Die Beitrittsverhandlungen wurden im März 1998 eröffnet und könnten – unter günstigen Bedingungen – bis zum Jahr 2003 abgeschlossen werden. Diese Verträge müssen anschließend vom Europäischen Parlament, den Parlamenten der EU-Länder und der MOEL ratifiziert werden.

The Economic Development in the CEE Countries since Eastern Opening – Summary

After the political upheaval in 1989, all central and eastern European countries have suffered a deep „transformation recession“. The real gross domestic product shrank between 1990 and 1992 by approximately one fifth in the CEE states. The reasons for that production drop were the changes within the economic system, the consequences of economic disintegration following the dissolution of the CMEA, the adjustments necessary within the production structure, and partially also country-specific problems. The 5 CEE countries have mastered a great number of the institutional and organizational tasks, but also parts of the structural tasks, in transition from a planned to a market economy. Reforming the system has created the pre-conditions for economic growth. The upswing in 1993 was made difficult because of the setback in western Europe's economic activity. In 1994, all reform states were on a growth course that they were able to hold in the following years. The negative effects of the Asian and Russian crises on the CEE countries appear to be limited. Against the backdrop of an average economic situation in western Europe, eastern Europe is expected to see its economy grow by around 4½ percent in the years to come. In 2000, economic performance in the CEE countries will be up some 10 percent from 1989 based on current growth estimates; broken down by individual states this means: an increase (versus 1989) of slightly more than 30 percent for Poland, of around 10 percent for Slovenia and the Czech Republic, and of around 5 percent for Slovakia and Hungary.

Approximate long-term projections concerning the economic growth of a country are possible on the basis of its initial economic development, investment ratio and educational level. In light of this, the EBRD has estimated the growth margin for eastern European countries over the next 25 years. For the 5 CEE countries the estimates show growth rates of between 4½ and

6½ percent p.a. Such an optimistic outlook for these transitional societies is based on the fact that they have better options to use existing resources than had post-war western Europe or Japan. Caution, however, is advisable in view of the great significance of institutional factors for long-term economic growth, an area where the CEECs still have major deficits.

After the political upheaval in 1989, all the countries in eastern Europe tried to re-orient their economic relations from east to west. The opening up of the markets towards the west and the ensuing keener competition were important ingredients for the changeover from planned to market economies. The countries in eastern Europe were also forced to turn rapidly westward because of the dissolution of the eastern European integration community, i.e., the Council for Mutual Economic Assistance (CMEA), and the decay of their most important markets in the Soviet Union and East Germany. Initially, the EU was very reticent about the attempts of eastern European states to become members. It was only at the European Council meeting in Copenhagen in 1993 that the door for eastern Europe's accession was unlocked. The European Commission recommended in its published opinion (avis) to take up negotiations with five countries (Hungary, Poland, Czech Republic, Slovenia, Estonia). The other five candidate countries (Slovakia, Bulgaria, Romania, Latvia, Lithuania) were to receive intensive assistance in their preparations for accession. In a document issued in June 1997 (Agenda 2000), the Commission also submitted proposals on how to reform the EU (especially regarding its agricultural and structural policies) and finance eastern enlargement. Accession negotiations started in March 1998 and under favorable conditions could be completed by 2003, whereupon accession requires ratification by parliament of all member countries and the European Parliament.

LITERATURHINWEISE

- Baldwin, R. E., Francois, J. F., Portes, R., „The Costs and Benefits of Eastern Enlargement: The Impact on the EU and Central Europe“, *Economic Policy*, 1997, (24), S. 127-170.
- Breuss, F., Schebeck, F., „Ostöffnung und Osterweiterung der EU. Ökonomische Auswirkungen auf Österreich“, *WIFO-Monatsberichte*, 1996, 69(2), S. 139-151.
- DIW, Die wirtschaftliche Integration der assoziierten Länder Mittel- und Osteuropas in die Europäische Union, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Berlin, 1996.
- EBRD, Transition Report 1997. Enterprise Performance and Growth, London, 1997.
- Europäische Kommission, „Agenda 2000. Eine stärkere und erweiterte Union“, *Bulletin der Europäischen Union*, Beilage, 1997, (5/97).
- Eurostat, „Statistik kurzgefaßt – Wirtschaft und Finanzen“, 1998, (28).
- Keuschnigg, Ch., Kohler, W., „Eastern Enlargement of the EU: How Much is it Worth for Austria?“, Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Volkswirtschaft, Arbeitspapier, 1997, (9723).
- Stankovsky, J., Plasser, F., Ulram, P., *On the Eve of EU Enlargement*, Wien, 1998.
- Tichy, G., „Integrationstheorie und Osterweiterung“, in Mayer, O. G., Scharrer, H.-E. (Hrsg.), *Osterweiterung der Europäischen Union*, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 1997, S. 11-56.
- Weise, Ch., „Europäische Union: Osterweiterung beschleunigt Konvergenzen“, *DIW-Wochenbericht*, 1997, (14).